

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abhängigkeit von Erdöl verringern - Regionalwirtschaftliche Strukturen stärken

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten über
 1. die Entwicklung des Erdölverbrauchs im Freistaat seit 1990,
 2. die statistische Erhebung des Verbrauchs von Erdöl und auf Erdöl basierender Produkte,
 3. ihre Einschätzung zur Verletzlichkeit Thüringens hinsichtlich möglicher Ölkrisen,
 4. ihre grundsätzlichen Anpassungsstrategien an steigende Ölpreise für das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Thüringen,
 5. ihre Strategien zur Rohstoffsicherung, insbesondere von Erdöl und Erdölsubstituten.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. statistische Daten zur Nutzung von Erdöl und auf Erdöl basierenden Produkten in hinreichender Tiefe und Dichte zu erheben;
 2. Pilotprojekte in der Wirtschaft, der Landwirtschaft und in den Kommunen zu initiieren und zu fördern, die aufzeigen, wie Thüringen flexibler mit steigenden Ölpreisen umgehen kann;
 3. die Forschung in den Thüringer Hochschulen anzustoßen, um interdisziplinäre Verletzlichkeitsanalysen und Resilienzstrategien zu entwickeln;
 4. Vorsorgepläne für das Land und die Kommunen zu erstellen;
 5. in den Strategiepapieren des Landes den Risikofaktor Öl zu benennen sowie die Verletzlichkeit von Unternehmen und Bevölkerung gegenüber möglicher Ölkrisen zu untersuchen;
 6. die aktuelle Förderpraxis zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) zu überprüfen und die künftige Förderung stärker auf regionale Wirtschaftskreisläufe mit einer geringeren Abhängigkeit von Öl auszurichten;
 7. Peak Oil in der "Länderübergreifenden Krisenmanagement-Übung" (LÜKEX) zu thematisieren;
 8. das Bewusstsein in der Wirtschaft und bei der Bevölkerung für die Verletzlichkeit Thüringens hinsichtlich möglicher Ölkrisen zu schaffen.

Begründung:

In der Energiebilanz Thüringens von 2011 hat Mineralöl mit einem Anteil von 33,5 Prozent den höchsten Einzelanteil am Endenergieverbrauch gefolgt von Gas (22,4 Prozent) und Strom (21,8 Prozent). Gleichzeitig

ist Thüringen aufgrund fehlender eigener Quellen bei seinem wichtigsten Energieträger zu 100 Prozent abhängig von Importen. Dies betrifft insbesondere den Verkehr und das Heizen, denn der Anteil der Kraftstoffe und des Heizöls am Mineralölverbrauch liegt bei 90 Prozent.

Für Deutschland und Europa kommt der Aspekt dazu, dass das lokale Ölfördermaximum längst überschritten ist. So sinkt die deutsche Ölförderung seit 1967, so dass das Land zu über 97 Prozent seines Bedarfs von Ölimporten abhängt. Europas Ölförderung hat sein Ölfördermaximum 1996 erreicht. Nach einem sechsjährigen Förderplateau sinken seit 2002 die täglich verfügbaren Ölmengen und sind nach Angaben der Energiestatistikbehörde der USA (EIA - Energy Information Administration) bis 2012 um 44 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum schrumpfte der Verbrauch nur um zehn Prozent. Im Ergebnis müssen Europa und Deutschland immer größere Ölmengen zu stark steigenden Preisen importieren. Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine und die Rolle Russlands machen deutlich, wie gefährdet unsere Energieversorgung und damit unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem tatsächlich ist. Besonders deutlich wird dies bei der Herkunft des Erdöls für Deutschland (2013), bei der Russland mit 33,8 Prozent den mit Abstand größten Teil ausmacht.

Verantwortungsvolle Politik in Thüringen muss deshalb aufgrund der hohen Verletzlichkeit der eigenen Strukturen durch die hohe Importabhängigkeit einen wirksamen Anpassungsprozess vorbereiten. Dieser muss bereits jetzt beginnen, um die Transformation steuern zu können und einen ausreichenden zeitlichen Übergang sicherzustellen. Dazu muss das Ausmaß unserer Abhängigkeit vom Erdöl umfassend analysiert werden, um die Risiken rechtzeitig zu erkennen. Gleichzeitig müssen Alternativen für die Nutzung von Erdöl diskutiert und in den Rahmen der Energiewende integriert werden.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich